

23. 12. 76

Mitteilung der NWK

BROKDORF (lo). Von den NWK erhalten wir die Mitteilung, daß dort der Gerichtsbeschuß von Schleswig mittlerweile schriftlich eingetroffen ist. Die Firma hatte aber bereits aufgrund des mündlichen Bescheids am vorigen Freitag die Spülarbeiten eingestellt.

Der Gerichtsbeschuß, so heißt es in der Mitteilung, hat eine aufschiebende Wirkung, und zwar bis zu dem Zeitpunkt, wo in der Sache selbst entschieden wird – man spricht in diesem Zusammenhang von Februar.

Wie die NWK weiter erklären, ist im Hinblick auf die erste Teilgenehmigung außer den Spülarbeiten auf der

Baustelle nichts durchgeführt worden. Die Spülarbeiten stünden kurz vor dem Abschluß. Man sei dabei, die vor dem Deich befindlichen Spülgeräte zu demontieren und wegzuschaffen – wegen der Gefahr eventueller Zerstörungen durch Stürme. Die vorhandene Rohrleitung müsse aber noch liegen bleiben. Es sei erforderlich, das Wasser aus dem Spülgelände zurückzupumpen, um eine Überflutung benachbarter Grundstücke zu verhindern.

Im übrigen bleibe auf der Baustelle eine ausreichende Wachmannschaft, für die winterfeste Baracken zur Verfügung stünden. Die NWK, so heißt es zum Schluß der Mitteilung, beobachteten mit Sorge, daß militante Gruppen wieder neue Gewaltakte vorbereiteten.

Negatives Echo auf Brokdorf-Urteil

Sehr kritische Kommentare in den überregionalen Zeitungen — Regierung kommt schlecht weg

Kiel (Iz) Die Entscheidung des Schleswiger Verwaltungsgerichtes, wonach die Bauarbeiten am Kernkraftwerk in Brokdorf vorläufig eingestellt werden müssen, hat für die schleswig-holsteinische Landesregierung in vielen großen überregionalen Zeitungen ein ausgesprochen schlechtes Echo nach sich gezogen, während dem Schleswiger Richter ein weises Urteil bescheinigt wird.

Die „Allgemeine Zeitung“ in Mainz, die dem bürgerlichen Lager zugerechnet werden kann, kommt in einem Kommentar unter anderem zu der Feststellung:

Dinge, die bei Nacht und Nebel anfangen, enden meist nicht gut. So auch in Brokdorf an der Unterelbe. Was Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Stoltenberg nach der Devise „Seit heute morgen wird gebaut“ inszenierte, hat der Problematik des Kernkraftwerkbaus wenig genützt, vom Rechtsstaat ganz zu schweigen. Glücklicherweise gibt es jedoch hierzulande eine Gerichtsbarkeit, die Eindring und Vormärsche der Bürokratie ins Territorium der Bürgerrechte zu stoppen weiß. Daß die schleswig-holsteinische Landesregierung zuvor noch mit ungeheurem Geldaufwand das Gelände zur Festung ausbauen ließ und Polizeibeamte aus allen Bundesländern in eine sinnlose Auseinandersetzung mit Demonstranten zwang, gehört zu den bedauerlichen Begleiterscheinungen der Aktion.

Die linksliberale „Frankfurter Rundschau“ meint in einem Kommentar unter der Überschrift „Dämpfer für Stoltenberg“:

Mit der Entscheidung des Verwaltungsgerichts ist ein Mann korrigiert worden, der sich vom Brokdorfer Knüppelinsatz nie distanziert hat, der gegen das Anliegen der Bürgerinitiative stets nur seinen formalen Rechtsanspruch zu setzen mußte und der von Helmut Kohl am Freitag im Bundestag zum Minimärtyrer hochstilisiert wurde: Gerhard Stoltenberg. Den Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein wird man natürlich jetzt nicht zum Verlierer erklären können, denn in der Sache ist nicht entschieden worden.

Aber die Verwaltungsrichter haben doch einem Politiker, der Forderungen von Bürgern leicht als unzulässigen Einbruch in die Regeln der repräsentativen Demokratie empfindet, einen Dämpfer versetzt.

Die bürgerlich-liberalen „Stuttgarter Nachrichten“ schreiben unter der Überschrift „Ohrfeige für Stoltenberg“ u. a.:

Mit einer Nacht- und Nebel-Aktion begann vor zwei Monaten der Bau des Kernkraftwerks in Brokdorf an der Unterelbe. Für Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg, der diese Maßnahme und die nachfolgenden Polizeiaktionen gegen protestierende Kernkraftgegner politisch verantwortete (und auch freudig begründete), hat sich der Einsatz als harter Mann im Norden jetzt doch nicht gelohnt. Gestern wurde er von einer Kammer des Verwaltungsgerichtes Schleswig darauf hingewiesen, daß in unserem Lande so, wie seine Verwaltung es sich dachte, mit den Rechten der Staatsbürger dann noch nicht umgesprungen werden darf. Die Richter belehrten die Kieler Bürokraten schlicht darüber, daß sie durch geschaffene Tatsachen den Rechtsschutz allenfalls dann schmälern dürfen, wenn berechnete öffentliche Interessen vorliegen, wenn also Belange der Allgemeinheit betroffen sind.

Die liberale „Süddeutsche Zeitung“ kommentiert:

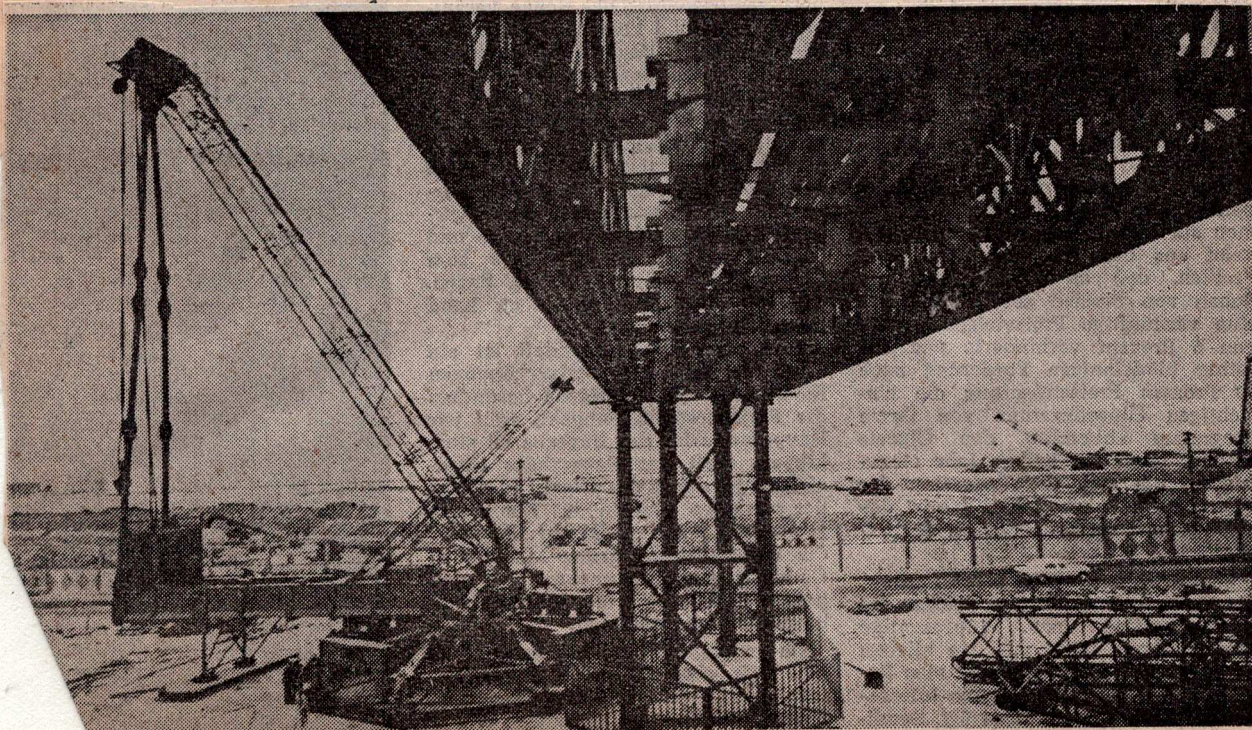
Natürlich war die Entscheidung des Schleswig-Holsteinischen Landesverwaltungsgerichts, den Bau des Kernkraftwerks Brokdorf zunächst zu stoppen, nur eine Verfahrensentscheidung: Bevor der Bau — möglicherweise — fortgesetzt werden kann, sollen noch einige offene Fragen geklärt werden. Aber was heißt in diesem Zusammenhang „nur eine Verfahrensentscheidung“? Aus einer teilweise begründeten Abneigung gegen Paragraphenfuchserie, aber auch aus einer weit verbreiteten Verständnislosigkeit für sauber geordnete Entscheidungsstrukturen hat die Kategorie des ordentlichen und fairen Verfahrens offenkundig an Wert verloren.

Wie könnte sonst die Kieler Landesregierung nach der jüngsten Gerichtsentscheidung sich instinktos mit der Überzeugung brüsten, alle bisher getroffenen Entscheidungen seien zweifellos rechtmäßig gewesen? Wenn die Landesregierung davon wirklich überzeugt ist, weshalb hat sie dann zugelassen, daß in einer schroffen Hau-Ruck-Methode am Brokdorfer Bauplatz versucht wurde, vollendete Tatsachen zu schaffen. Wer seiner Sache so sicher ist, müßte eigentlich über die Gelassenheit verfügen, ein ordentliches gerichtliches Attest abzuwarten. Wer aber den Bürgern übers Maul fährt und den betroffenen Gemeinden mit List und Gewalt auf den Bauplatz rückt, der erweckt zwangsläufig den Eindruck, er habe solche Methoden schon nötig — und zwar selbst dann, wenn er am Ende vollends Recht bekommen sollte.

Die Wochenzeitung „Die Zeit“ meint in ihrer neusten Ausgabe:

Die Kammer traf einen vernünftigen Entschluß. Denn unabhängig davon, was die Mitläufer linksextremer Couleur verlangen — die Brokdorfer Bürgerinitiative hat stets beteuert, daß sie sich einem Gerichtsurteil beugen werde, aber nicht minder entschlossen sei, gegen die bei Nacht und Nebel begonnenen, mit Stacheldraht und Wassergraben verteidigten Bauarbeiten zu protestieren. Der Verlauf der letzten großen Demonstration gab Grund zur Befürchtung, daß der nächste Protest mehr als Verletzte fordern würde. Märtyrer indes nutzen niemandem — und ganz bestimmt nicht den Klägern.

Auch juristisch haben die Schleswiger Richter einen Schritt in die richtige Richtung getan. Ihre vorsichtige Formulierung, eine Fortsetzung der Bauarbeiten könne den Rechtsschutz der Kläger durch geschaffene Tatsachen zumindest erschweren, beschreibt nur unzureichend die Gewissensnöte eines Richters, der mit einem „Nein“ — etwa zu einer Betriebsgenehmigung — gezwungen sein kann, Millionenbauten in Fehlinvestitionen zu verwandeln. Der andere Weg — erst beurteilen, dann betonieren — kommt alle Beteiligten billiger.



Stelle für das Kernkraftwerk Brokdorf mit der Aufspülungsanlage im Vordergrund

Nach dem Gerichtsentscheid:

Vorläufiger Baustopp löste in der Marsch bei vielen Freude aus

Bauerndemonstration findet heute trotzdem wie geplant statt

BROKDORF (joko). Die Einstweilige Anordnung der X. Kammer des Schleswiger Verwaltungsgerichts, die einen sofortigen Baustopp für das geplante Kernkraftwerk in Brokdorf vorschreibt (siehe auch Seite 1 unserer heutigen Ausgabe und unsere „Landesseite“), war gestern in der Wilstermarsch das „Gesprächsthema Nummer 1“. Bei vielen Bürgern sowie bei der „Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe“ war die Freude sehr groß. Andere bedauerten jedoch die Entscheidung der Verwaltungsrichter. Die RUNDSCHAU war gestern unmittelbar nach der Bekanntgabe des Richterspruchs „vor Ort“, um die Stimmung der Betroffenen einzufangen.

Doch zunächst erst einmal die Situationsschilderung vom Baustellengelände. Während auf der einen Seite Augenzeugen berichteten, daß nach der Bekanntgabe der richterlichen Anordnung Lastwagen, die Sand zum 30 ha großen Areal fahren wollten, umkehrten, beobachteten Mitglieder der BUU – so ihr Sprecher – noch gegen 15.20 Uhr, daß die Aufspülungsarbeiten auf dem Gelände weitergingen.

Andere Bauarbeiter waren damit beschäftigt, den Zaun an der Verbindungsstraße zu streichen oder besserten den Stacheldrahtverhau aus.

Auf unsere Frage zu einigen Bauarbeitern, wie den die Stimmung nach der Gerichtsentscheidung sei, hieß es: „Die ist natürlich gut, jetzt macht das erst richtig Spaß.“ Ein anderer Arbeiter („Nennen Sie bloß nicht meinen Namen“): „Das haben die nun davon. Gegen die Meinung der Bürger kann man eben nichts unternehmen, es ist gut, daß es in unserem Lande noch unab-

hängige Richter gibt.“

Ein anderer Arbeiter: „Die Entscheidung kann ich nicht verstehen, denn jetzt ist vielleicht auch mein Arbeitsplatz hier gefährdet. Finden Sie das etwa gut? Ich habe schließlich eine Frau und drei Kinder zu versorgen.“

Von seiten der NWK war gestern noch keine offizielle Stellungnahme zu erhalten. NWK-Sprecher Wolter zur RUNDSCHAU: „Die einstweilige Anordnung des Schleswiger Verwaltungsgerichts liegt uns bis zur Stunde noch nicht vor. Deshalb können wir auch noch keine Stellungnahme abgeben.“

Bürgermeister Sachse aus Wewelsfleth, der sich gegen eine Errichtung des Kernkraftwerkes einsetzt, auf Anfrage: „Nach der erfolgten und wiederholten Einschüterung sowie Diffamierung durch die Kreisordnungsbehörde, was die heutige Bauerndemonstration betrifft, ist das Urteil die erste offizielle Rehabilitierung der Bürger in der Wilstermarsch. Gleichzeitig ist es eine Anerkennung unserer dreijährigen Bemü-

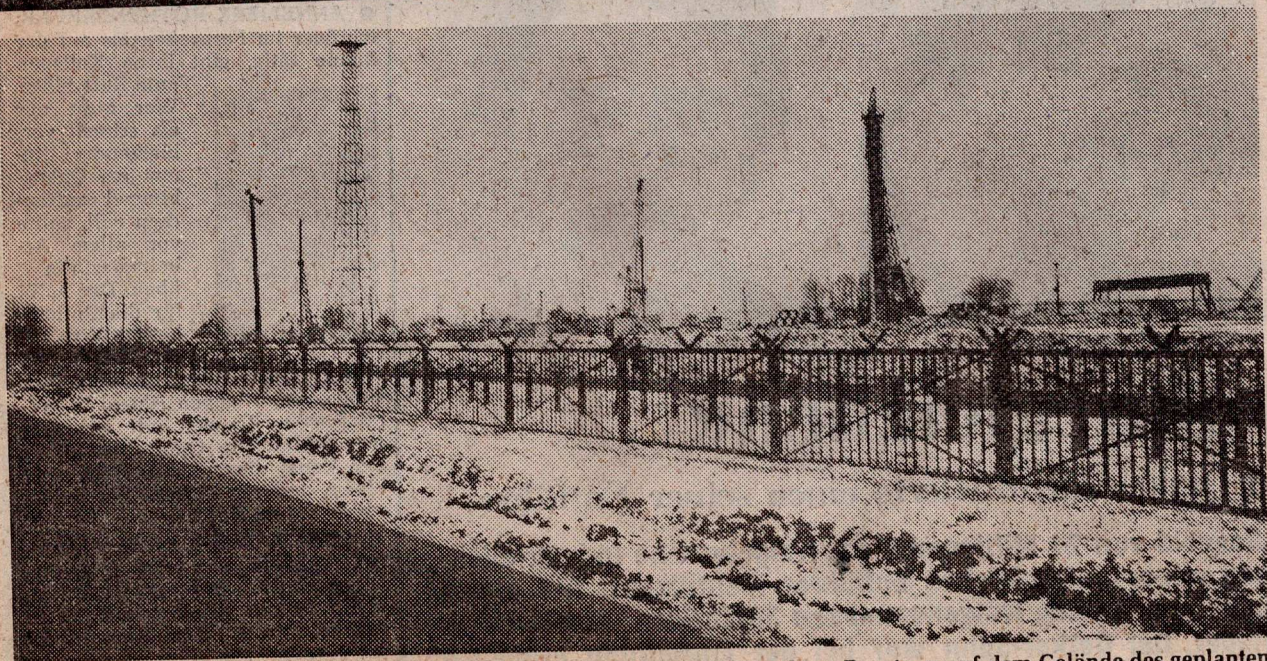
hung, das Kraftwerk zu verhindern. Die Behauptung der Landesregierung, daß es der sofortigen Vollziehbarkeit der Teilerichtungsgenehmigung alle rechtmäßigen Belange berücksichtigt wurden, ist durch die Richter klar widerlegt worden. Wir sind nüchtern genug festzustellen, daß die Hauptverhandlung weitere Aspekte bringen und diese Verhandlung erst einmal abgewartet werden muß. Es revidiert auch die Panikmache einer Boulevardzeitung, daß in der Wilstermarsch 1980 die Lichter ausgegangen, wenn kein Kernkraftwerk gebaut wird.“

Große Freude über die einstweilige Anordnung der Verwaltungsrichter war auch bei der Bürgerinitiative zu bemerken. Ihr Sprecher Heinrich Voß: „Klar, daß wir uns über die Entscheidung freuen. Eine offizielle Stellungnahme können wir aber erst dann herausgeben, wenn wir selbst getagt haben.“ Die Besprechung der BUU fand gestern am späten Abend statt.

Die für den heutigen Vormittag 6Beginn 10.30 Uhr) vorgesehene Protestdemonstration gegen das Kernkraftwerk in Form einer Schlepperfahrt, die von Landwirten veranstaltet wird, findet trotz der richterlichen Entscheidung wie vorgesehen statt. Ein Sprecher der Aktionsgemeinschaft: „Natürlich unter freudigen Gesichtspunkten.“

Wilster

++ brokdorf aktuell ++ brokdorf aktuell ++ brokdorf aktu



Seit gestern Mittag nach der Entscheidung der Schleswiger Verwaltungsrichter: Baustopp auf dem Gelände des geplanten Kernkraftwerkes. Fotos: joko

Alle vom Urteil überrascht

Opposition erfreut - Regierung weist auf die Folgen hin

Kiel/Brokdorf (Lz) Die Entscheidung des schleswig-holsteinischen Verwaltungsgerichtes in Schleswig, die Bauarbeiten am Kernkraftwerk in Brokdorf sofort einzustellen, hat bei allen Betroffenen größte Überraschung hervorgerufen. Während sich die Bürgerinitiativen sowie Sprecher von SPD und FDP erfreut äußerten, kommentierten die schleswig-holsteinische Landesregierung und die mit dem Bau beauftragten Nordwestdeutschen Kraftwerke (NWK) das Urteil mit Enttäuschung und wiesen gleichzeitig auf die dadurch zu erwartenden Nachteile hin.

Wie die schleswig-holsteinische Landesregierung in einer Stellungnahme mitteilte, werde die Unterbrechung des Baues zu einer Verteuerung der Baukosten und „zu Umläufen für den weiteren Bauablauf führen, die auf den späteren Strompreis auf Schleswig-Holstein Einfluß haben könnten“. Außerdem ergäben sich schwierige Probleme für die am Bau beteiligten Firmen.

Wörtlich heißt es in der Erklärung der Landesregierung weiter:

„1. Es handelt sich um einen Beschluß in einem vorläufigen Verfahren, der ohne mündliche Verhandlung und ohne Einsicht in die Verwaltungsakten ergangen ist. Die Übersendung der vom Gericht angeforderten Verwaltungsakten wird, wie dem Gericht bekannt ist, am 20. 12. mit einer ausführlichen Stellungnahme der Genehmigungsbehörden erfolgen.

2. Wie das Verwaltungsgericht selbst aussagt, stellt der Beschluß somit keine Entscheidung in der Sache dar.

3. Die Landesregierung ist, auch nach den Diskussionen der vergangenen Wochen, überzeugt, daß alle im Laufe des Genehmigungsverfahrens getroffenen Entscheidungen rechtmäßig sind und daher auch in der bevorstehenden mündlichen Verhandlung Bestand haben werden. Sie wird darauf dringen, daß diese mündliche Verhandlung sobald wie möglich stattfindet.

4. Zur Frage der Dringlichkeit des Baus des Kernkraftwerkes Brokdorf für die Stromversorgung, die in dem Beschluß des Gerichts als überprüfungswürdig bezeichnet wird, weist die Landesregierung auf die offizielle Äußerung des Bundeswirtschaftsministers vom 3. 11. 1976, in der es heißt: „Die bereits im ganzen Bundesgebiet aufgetretenen und sich weiter abzeichnenden Verzögerungen beim Kernkraftwerksbau erreichen bereits eine Dimension, die Ausgleichslieferungen von Landesteilen untereinander zukünftig nur sehr begrenzt zulassen werden. Angesichts der künftig zu erwartenden Entwicklung können wir daher Engpässe in der regionalen Elektrizitätsversorgung nicht ausschließen, wenn weitere Verzögerungen einen zügigen Kraftwerksausbau hemmen würden, zumal sich für konventionelle Kraftwerke ähnliche Probleme stellen.“

Dies gilt insbesondere für Norddeutschland, wo „auch in Zukunft mit einem höheren Zuwachs des Stromverbrauchs gerechnet wird“.

Die Landesregierung erkennt nicht, daß einzelne fragwürdige Äußerungen von für die Energieversorgung nicht zuständigen Mitgliedern der Bundesregierung von der amtlichen Mitteilung des Bundeswirtschaftsmini-

sters abweichen und so zu einer gewissen Unsicherheit geführt haben.

5. Die Landesregierung weist darauf hin, daß nach den ausdrücklichen Feststellungen des Gerichts „bereits ins Werk gesetzte Maßnahmen (Einrichtung und Sicherung der Baustelle) weiterhin bestehen bleiben können.“

Der Oppositionsführer im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Matthies meinte in einer Stellungnahme:

„Die Entscheidung des Gerichts ist im Interesse der Bürger und einer sachlichen Diskussion um Kernenergie und Brokdorf zu begrüßen. Die SPD war von vornherein der Auffassung, daß die von der Landesregierung durchgeführte Nacht- und Nebel-Aktion und die Anordnung der sofortigen Vollziehung die Rechte der Bürger in unerträglicher Weise eingeschränkt und die Rechtsstaatlichkeit faktisch ausgehöhlt hat. Die Landesregierung ist jetzt, was ihr bedenkliches Vorgehen und ihre Argumentation betrifft, vom Gericht zurückgepfiffen worden.“

Ich stelle noch einmal fest: Wenn Ministerpräsident Stoltenberg sich die Rechtsauffassung des Gerichts von Beginn an zu eigen gemacht hätte, wären die gewalttätigen Auseinandersetzungen in Brokdorf zu vermeiden gewesen. Außerdem hätte das Vertrauen der Bürger in staatliches Handeln keinen tiefen Schaden nehmen müssen.“

Der Parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Landtagsfraktion, Martin Schumacher, erklärte, die Freien Demokraten freuten sich mit den Bürgerinitiativen über diesen Erfolg. Die Entscheidung des Landesverwaltungsgerichts habe die Erwartungen der Fraktion an die Unabhängigkeit des Gerichts erfüllt. Der Beschluß ermögliche den Betroffenen, dem Parlament und der Landesregierung, in neue Gespräche über den Standort Brokdorf einzutreten.

Schumacher sagte, es sei unbefriedigend, daß die Möglichkeiten zu neuen Gesprächen erst durch einen Gerichtsbeschluß eröffnet worden seien. Angesichts der „vielen Fehler“, die die Landesregierung im bisherigen Verfahren gemacht habe, hätte es dem Staat gut angestanden, auf politischem Wege eine Unterbrechung der Bauarbeiten zu erwirken.

„Eigene Energiequellen zunächst ausschöpfen“

ITZEHOE. Der Einladung entsprechend sollte das Referat des SPD-Landesvorstandsmitgliedes Kurt Leuschner auf der Dezember-Mitgliederversammlung ausschließlich landespolitischen Themen gelten.

Die Energiepolitik und der Baubeginn des Kernkraftwerkes in Brokdorf waren die landespolitischen Schwerpunktthemen. Die Meinungsunterschiede zur Erstellung der KKW gehe quer durch alle Parteien, sagte Kurt Leuschner.

Jede Seite setze ein großes Aufgebot an Sachverständigen ein, die in ihrer Beurteilung ebenfalls zu gegensätzlichen Ergebnissen kämen. Aus diesem Grunde habe eine vom Landesvorstand der SPD im Jahre 1975 eingesetzte Fachgruppe den Auftrag erhalten, die strittigen Punkte zu klären. Sie sei durch die Ereignisse in Brokdorf überrollt worden.

Die große Zahl von Risiken, führte Leuschner weiter aus, die mit dem Betrieb eines KKW einhergehe, habe die SPD in Schleswig-Holstein zu fordern veranlaßt, den Weiterbau in Brokdorf bis zur Klärung der Grundsatzfragen zu stoppen. Hierzu gehöre der Transport, die Zwischenlagerung und die Entsor-

gung des nuklearen Materials, sowie die sicherheits- und entspannungspolitischen Interessen durch den Export der Kernkraftstoffanlagen.

Kurt Leuschner führte weiter aus, daß im Vorwege die Entwicklung des Energieverbrauchs für die nächsten Jahrzehnte geklärt werden müsse.

Die Ausschöpfung eigener Energiequellen, wie z. B. die Kohle, habe Vorrang vor den Kernkraftwerken. Einerseits lägen Millionen Tonnen Kohle auf Halde und der Bergbau müsse subventioniert werden, andererseits müsse der Staat für die Erstellung einer Anlage zur geregelten Entsorgung des nuklearen Brennstoffes etwa sechs bis acht Milliarden Mark aufwenden, die der Verbraucher über den Strompreis zu finanzieren habe. Mit diesem Geld könne man genau so gut Entstaubungsanlagen für die kohleverarbeitenden Kraftwerke schaffen, um hier zu umweltfreundlicheren Bedingungen zu kommen.

Erst wenn alle konventionellen Möglichkeiten nicht ausreichen sollten, die Energieversorgung und damit die Arbeitsplätze zu sichern, erklärte Leuschner, sei dem Bau von Kernkraftwerken zuzustimmen, sofern die Sicherheitsfragen geklärt seien.

18.12.76

Fall Brokdorf heute vor Gericht

Eigener Bericht

how Brokdorf, 1. November

Heute wird sich zum erstenmal das Verwaltungsgericht in Schleswig mit dem „Fall Brokdorf“ befassen. Es hat zu prüfen, ob der sofortige Baubeginn des Atomkraftwerks tatsächlich im öffentlichen Interesse angeordnet werden mußte. Andernfalls müßte der Bau bis zur endgültigen gerichtlichen Klärung ruhen.

Der schleswig-holsteinische Innenminister Rudolf Titzck hat dem Hamburger Abendblatt nach den Gewalt-Aktionen auf dem Baugelände erklärt, daß künftig bei ähnlichen Vorhaben noch umfangreichere vorbeugende

Sicherheitsmaßnahmen einzuleiten seien. Durch einen stärkeren bautechnischen Schutz wäre es nicht zu Auseinandersetzungen gekommen.

Im Anschluß an eine Demonstration, an der rund 5000 Menschen teilnahmen, hatten am Wochenende etwa 1000 Demonstranten das Baugelände gestürmt und für mehrere Stunden besetzt.

Mit Wasserwerfern, Schlagstöcken und Tränengas waren sie anschließend aus dem eroberten Areal zurückgetrieben worden.

„Eine zwei Kilometer lange Linie kann nicht durch menschliche Körper geschützt werden“, so Titzck zum Abendblatt. Er verwies darauf, daß in Brokdorf das Grundrecht der Demonstrationsfreiheit durch Extremisten diskriminiert worden sei. Der Einsatz von Polizeikräften aus Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen sei angemessen und notwendig gewesen. (Kommentar Seite 2, Bericht Seite 20).

4. 1. 11. 76

Neue Klage gegen Projekt Brokdorf

Eigener Bericht - dpa

Schleswig, 30. November

Gegen die Erteilung der Teilbaugenehmigung für das Kernkraftwerk Brokdorf an der Elbe haben mehrere Gemeinden Niedersachsens und Schleswig-Holsteins Klage beim schleswig-holsteinischen Verwaltungsgericht in Schleswig erhoben.

Die Klage ist mit einem Antrag auf einstweiligen Baustopp verbunden. Ein Sprecher des Gerichtes sagte gestern, daß die zehnte Kammer wahrscheinlich noch vor Weihnachten über den Antrag entscheiden werde. Ein Termin für die Verhandlung stehe aber noch nicht fest.

Handkoll 30. 11. 76